

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 11.09.2008  
im Kreishaus Borken,  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Heinz-Josef Tönnies 46359 Heiden

#### Mitglieder:

Berthold Langehaneberg	48739 Legden	
Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Rudolf Geukes	46419 Isselburg	
Barbara Seidensticker-Beining	46354 Südlohn	
Marlies Mensing	48619 Heek	
Karl-Heinz Pfaffe	48703 Stadtlohn	
Martin Huesmann	48683 Ahaus	
Hartmut Bringmann	46325 Borken	Vertretung für Ingrid Groth
Christian Stöttelder	46359 Heiden	
Rudolf-Josef Schmitz	48619 Heek	
Friedel Sebastian	46348 Raesfeld	Vertretung für Irmgard Kerkhoff

#### beratende Mitglieder:

Werner Haßenkamp		
Hans-Josef Overmann		
Georg Hollstegge	46325 Borken	ab 17.30 Uhr TOP 5
Jürgen Terhart	46397 Bocholt	
Michael Maaßen		Vertretung für Bernd Telgmann
Werner Menke	46342 Velen	
Ralf Groß	46325 Borken	ab 17.40 Uhr TOP 6
Marlis Spieker-Kuhmann	46325 Borken	bis 18:25 Uhr TOP 9

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Elisabeth Möllenbeck  
Markus Büsken  
Klaus Borgmann  
Ruth Rösing

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Ausschussmitglied Christine Preuß-Sapper vom Vorsitzenden per Handschlag auf die folgende Formel verpflichtet: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werden. So wahr mir Gott helfe.“

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1: Sachstandsbericht zur Umsetzung des KiBiz Vorlage: 0186/2008**

---

Herr Wiemer berichtet, der Übergang vom GTK in das neue KiBiz sei im Ergebnis ohne größere Probleme gelungen. Dennoch gelte es, gemeinsam mit den Einrichtungsträgern im ersten Jahr weitere Erfahrungen zu sammeln, die es dann sukzessive auszuwerten gelte. Bezüglich der Elternbeiträge gebe es bei der altersmäßigen Staffelung der Beiträge zum kommenden Kindergartenjahr 2009/2010 die Möglichkeit, die Höhe der Elternbeiträge bei den Zweijährigen zu differenzieren. So habe der Kreis bereits bei der Anpassung der Elternbeiträge zum laufenden Kindergartenjahr 2008/2009 vorgeschlagen, hinsichtlich der Höhe des Elternbeitrages zu unterscheiden zwischen einem Beitrag für Kinder im Alter bis zu 2 Jahren und einem Beitrag für Kinder von 2 Jahren und älter. (U2/Ü2-Differenzierung). Dieser Vorschlag sei jedoch im letzten Jahr mit den Vertretern der Stadtjugendämter im Kreisgebiet nicht konsensfähig gewesen.

Frau Pohl unterstreicht in ihren Ausführungen, dass das Ziel kreisweit einheitlicher Elternbeiträge nur durch große Anstrengungen aller Beteiligten erreicht werden konnte. Zur Frage der U2/Ü2-Differenzierung schlage sie vor, dass der Kreis mögliche Tendenzen beim Buchungsverhalten der Eltern im Auge behalten solle, sodass der Jugendhilfeausschuss ggfls. rechtzeitig zum neuen Kindergartenjahr reagieren könne.

Herr Wiemer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im November diesen Jahres mit den Anmeldungen für das neue Kindergartenjahr begonnen werde. Die notwendigen Gespräche mit den Trägern würden im Januar/Februar nächsten Jahres geführt werden, sodass zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im März 2009 nähere Informationen gegeben werden könnten, ob weiterhin eine Tendenz zu einer späteren Anmeldung der Kinder aus Beitragsgründen wahrnehmbar sei.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**Punkt 2: Investitionsprogramm des Bundes und des Landes zum Ausbau des Betreuungsangebotes für unter dreijährige Kinder; Förderanträge für die Jahre 2008 und 2009**  
**Vorlage: 0216/2008**

---

Herr Wiemer erläutert die Sitzungsvorlage. Nach dem Investitionsprogramm des Bundes und der Länder solle bundesweit bis 2013 für durchschnittlich 35% aller unter 3-jährigen Kinder ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden. Für Investitionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen lägen dem Kreis aktuell 35 Anträge vor. Für Maßnahmen in der Kindertagespflege gebe es 26 Anträge.

Bei den Maßnahmen in den Tageseinrichtungen handele es sich um eine Anteilsfinanzierung von 90 %. Der Eigenanteil von 10% sei von den Trägern zu übernehmen. Aus Sicht des Kreises sei es richtig, dass dieser Eigenanteil vom Träger zu übernehmen sei, da durch die geförderten Investitionsmaßnahmen schließlich beim Träger erhebliche Werte in der Einrichtung geschaffen würden. Das Generalvikariat Münster habe in dieser Frage eine abweichende Auffassung. Das Ministerium (MGFFI) habe nunmehr durch einen Erlass klargestellt, dass jedenfalls das örtliche Jugendamt nicht verpflichtet sei, den 10%igen Eigenanteil zu übernehmen.

Zur Frage des 10%-igen Trägeranteils berichtet Herr Wiemer, dass die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreisjugendamtsbezirk im Rahmen einer Dienstbesprechung am 03.09.2008 sich der Auffassung des Kreises angeschlossen hätten. Nach dem Votum der Bürgermeister solle der Kreis als örtlicher Jugendhilfeträger keine investive Förderung übernehmen. Stattdessen würden die Städte und Gemeinden für ihren Bereich prüfen, ob sie eigene freiwillige Leistungen übernehmen.

Frau Seidensticker-Beining erwähnt, dass die SPD-Fraktion die Haltung der Verwaltung in dieser Frage unterstütze und verweist ebenfalls auf die in den Einrichtungen finanziell geförderten Wertsteigerungen.

Frau Spieker-Kuhmann teilt mit, der Jugendhilfeausschuss der Stadt Borken habe in seiner letzten Sitzung entschieden, den Trägeranteil von Seiten der Stadt zu übernehmen. Sie fände es schade, wenn Tageseinrichtungen im Kreisgebiet unterschiedlich behandelt würden. Herr Wiemer erwidert, die Situation im Stadtgebiet Borken unterscheide sich von der im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes. Die Stadt könne als örtliche Gemeinde den Anteil als freiwillige Leistung übernehmen so wie dies im Bereich des Kreisjugendamtes die Gemeinden Heek, Reken und Schöppingen erklärt hätten. Frau Spieker-Kuhmann entgegnet, damit sei ihre Frage erledigt.

Herr Haßenkamp unterstreicht in seinen Ausführungen die klare Position des Kreises Borken in dieser Frage, die inhaltlich auch vom Landkreistag NRW gestützt werde. Unabhängig davon bleibe es den jeweiligen Städten und Gemeinden selbst überlassen, ob sie ihrerseits den Eigenanteil des Trägers übernehmen. Er sehe daher keine Gefahr, dass geplante Investitionsmaßnahmen eines Trägers wegen dieser Fragestellung zurückgestellt würden.

Auf Nachfrage von Herrn Huesmann bestätigt Herr Wiemer, dass die Trägerrücklage aus dem GTK für diese Zwecke – der Übernahme des Trägeranteils – in Anspruch genommen werden dürften.

**Beschluss:** einstimmig

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Anträge für Investitionsmaßnahmen für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege auf der Grundlage des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013“ zu stellen.

**Punkt 3: 2. Controllingbericht 2008**  
**Vorlage: 0185/2008**

---

Herr Wiemer erläutert die Vorlage zum zweiten Controllingbericht. Nach dem gegenwärtigen Stand ergebe sich für das Budget 02 ein voraussichtliches Defizit von netto 1.270.000 €, wobei etwa  $\frac{3}{4}$  dieser Summe ihre Ursache im neuen KiBiz hätten. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der KiBiz-Umstellung sei nach Absprache mit den Bürgermeistern die Jugendamtsumlage 2008 bereits um 0,5 %-Punkte angehoben worden. Der sich hieraus ergebende Mehrertrag in Höhe von 1.390.000 € decke das prognostizierte Defizit für 2008 in voller Höhe ab.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichts zum 31.07.2008 zur Kenntnis.

**Punkt 4: Angebot "Fit mit Kind" - ein Patenschaftsmodell für Schwangere und Eltern mit Säugling und Kleinkind**  
**Vorlage: 0193/2008**

---

Herr Wiemer erläutert, der Jugendhilfeausschuss habe in seiner letzten Sitzung am 02.06.2008 die Konzeption „Fit mit Kind“ verabschiedet. In der heutigen Sitzung gehe es darum, den entsprechenden Träger für das Modellprojekt auszuwählen.

Aufgrund der Ausschreibung des Fachbereiches seien zwei Bewerbungen eingegangen, und zwar vom DRK und vom Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Dekanate Ahaus und Vreden (SkF). Vor dem Hintergrund, dass der SkF langjährige Erfahrungen in der Schwangerenberatung nachweisen könne, schlage die Verwaltung vor, den SkF mit der Trägerschaft des Modellprojektes zu beauftragen.

**Beschluss:** einstimmig bei einer Stimmenthaltung

Die Trägerschaft des Projekts „Fit mit Kind“ übernimmt der Sozialdienst Katholischer Frauen e.V., Dekanate Ahaus und Vreden.

Hinweis: Frau Spieker-Kuhmann hat wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

**Punkt 5: Bündnis für Familien: Vorstellung "Handlungskonzept zum Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems im Kreis Borken - Modul I: Zielgruppe Schwangere und Familien mit Säuglingen und Kleinkindern im Alter von 0-6 Jahren"**  
**Vorlage: 0195/2008**

---

Frau Möllenbeck erläutert das Handlungskonzept zum Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems (Modul 1). Das Konzept wurde den Ausschussmitgliedern am 05.09.2008 als Ergänzung der Sitzungsunterlagen zugesandt.

In ihren Ausführungen informiert Frau Möllenbeck die Ausschussmitglieder umfassend über die Arbeit der Projektgruppe, die vor gut 1 ½-Jahren unter Federführung des Fachbereiches gebildet wurde. So habe man in den ersten Sitzungen der Projektgruppe zunächst Kennzeichen und Risiken der Zielgruppen definiert. Anschließend habe man Schwachstellen der bereits bestehenden Kooperationsbeziehungen zwischen den beteiligten Institutionen analysiert. Aufbauend auf dieser Analyse habe die Projektgruppe folgende Vorschläge zur Ergänzung der bestehenden Frühen Hilfen entwickelt:

- Förderung des Einsatzes von (Familien-) Hebammen
- Überprüfung der Schaffung von Stellen für professionelle Familienpaten
- Errichtung von Personalstellen (sozialpädagogische Fachkraft) zur Verbesserung der Schnittstellen von Gesundheitshilfe und Jugendhilfe
- Coachingangebote für Hebammen, Krankenschwestern u.a.
- Coachingangebote für Familienzentren und Tageseinrichtungen für Kinder
- Überprüfung der Schaffung einer Clearingstelle

Abschließend weist Frau Möllenbeck darauf hin, dass zur Sicherstellung der Weiterentwicklung dieser Hilfen der Aufbau einer dauerhaften Kommunikationsstruktur zwischen Gesundheitshilfe und Jugendhilfe notwendig sei. Man habe daher vereinbart, derartige Konferenzen zweimal jährlich durchzuführen.

Herr Tönnies unterstreicht in seinen Ausführungen, der Kinderschutz sei eine zentrale Aufgabe der Jugendhilfe. Die Projektgruppe habe in den zurückliegenden Monaten mit großem Engagement an Lösungsansätzen gearbeitet. Abschließend bedankt sich Herr Tönnies bei Frau Möllenbeck für die geleistete Arbeit.

Frau Pohl schließt sich dem Dank an Frau Möllenbeck an und ergänzt, dass man mit dem vorliegenden Handlungskonzept nunmehr auf einem guten Weg sei. Künftig gelte es, diese einzelnen Bausteine inhaltlich zu präzisieren.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Handlungskonzept zum Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems (Modul I) zu. Die Verwaltung des Jugendamtes wird mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen beauftragt.

**Punkt 6: Bericht zur aktuellen Situation in der Jugendgerichtshilfe**  
**Vorlage: 0206/2008**

---

Herr Overmann berichtet, der Jugendhilfeausschusses habe sich in der letzten Sitzung am 02.06.2008 im Rahmen der Geschäftsstatistik 2007 mit der Situation in der Jugendgerichtshilfe (JGH) befasst. Seinerzeit sei vereinbart worden, das Thema Jugendgerichtshilfe in der kommenden Sitzung thematisch aufzubereiten. Insbesondere wolle die Verwaltung Gründe aufzeigen, weshalb einige Kommunen oberhalb des Kreisdurchschnittes lagen.

Herr Borgmann, Mitarbeiter im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), geht in seinem Bericht zunächst auf die Ursachen ein, die zu einem Anstieg der JGH-Verfahren in den Jahren 2006 und 2007 geführt hätten. Zum einen sei die Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Straftaten gewachsen. Ferner seien Schulen aufgrund eines neuen Erlasses rechtlich verpflichtet, Straftaten anzuzeigen. Darüber hinaus sei bei den Jugendlichen auch eine sinkende Angst vor Strafverfolgung zu beobachten. Ebenfalls werde beobachtet, dass die Gewaltbereitschaft Jugendlicher zugenommen habe. Bei heranwachsenden Asylbewerbern trete zusätzlich durch das nach wie vor bestehende Arbeitsverbot und der dadurch entstehenden Perspektivlosigkeit das Problem einer Destabilisierung auf. Dies führe ebenfalls zu vermehrter Straffälligkeit.

Anschließend geht Herr Borgmann auf die Kommunen ein, deren Fallzahlen im vergangenen Jahr oberhalb des Kreisdurchschnittes lagen. In Schöppingen seien im Rahmen von Cliquenbildungen Jugendliche massiv in Erscheinung getreten. Darüber hinaus sei in Schöppingen die Zahl jugendlicher Straftäter mit Migrationshintergrund aufgrund der Asylbewerberunterkunft auffällig hoch. In Reken sei allein ein Jugendlicher wegen mehr als 50 Betrugsdelikten bei einem Internetauktionshaus verantwortlich gemacht worden. In Heiden und Rhede seien die hohen Fallzahlen ebenfalls auf Jugendliche zurückzuführen, die mehrfach mit Straftaten in Erscheinung traten. In Isselburg gebe es aufgrund der Nähe zu den Niederlanden zusätzlich das Problem von vermehrten Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtmG).

Bezogen auf die verschiedenen Deliktarten seien in erster Linie Diebstahl, Verkehrsdelikte und Körperverletzung zu nennen. Diese Straftaten machten rund 2/3 der Straftaten eines Jahres aus.

Auf Nachfrage von Herrn Geukes bestätigt Herr Overmann, dass ein Mitarbeiter des ASD zum Thema Jugendgerichtshilfe in einer Schule referieren könne, sofern dieser Wunsch seitens der Schule an den Fachbereich herangetragen werde.

Herr Hollstegge gibt abschließend zu Bedenken, dass die veröffentlichten Zahlen zur Jugendgerichtshilfe mit Vorsicht zu genießen seien. So würden in der JGH-Statistik alle Anklageschriften gezählt. Nicht alle Anklagen seien jedoch begründet, sodass eine Reihe dieser Verfahren auch eingestellt würden. Ähnlich verhalte es sich auch mit der Polizeistatistik, in der bereits alle Verdächtigungen aufgenommen würden. Er verweist daher auf die offiziellen Statistiken der Landesjustiz, in der Zahlen über die Verurteilungen geführt würden.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

---

**Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Herr Tönnes informiert die Ausschussmitglieder, dass sich 12 der 13 Städte und Gemeinden im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes nicht an dem ausgeschriebenen Wettbewerb beteiligen würden. Dies habe der Bürgermeister der Gemeinde Reken, Herr Seyer, Herrn Tönnes in einem persönlichen Brief mitgeteilt. Lediglich die Stadt Vreden habe sich vorbehalten, hierüber noch abschließend zu entscheiden.

Herr Wiemer berichtet, Frau Lindenhahn habe in der Sitzung des Kreisausschusses am 19.06.2008 eine Anfrage zum Verhältnis zwischen der Anzahl der Geburten und der Anzahl der versandten Elternbriefe gestellt. Im Kreisjugendamsbezirk seien im vergangenen Jahr rund 1.600 Kinder geboren worden. Hiervon waren 710 Erstgeborene, die vom Kreis die ersten beiden Elternbriefe erhielten. Im Ergebnis seien also vom Fachbereich im vergangenen Jahr rund 1.400 Elternbriefe versandt worden.

Darüber hinaus sei in dieser Kreisausschusssitzung von Frau Schulte angeregt worden, aufgrund der gestiegenen Fallzahlen und den damit einhergehenden zusätzlichen Aufwendungen die Thematik Kindertagespflege im Jugendhilfeausschuss erneut zu beraten. Hierzu führt Herr Wiemer aus, dass wesentliche Grundlagen der Tagespflege durch das neue Kinderfördergesetz (KiföG) geändert würden. Das Gesetz werde derzeit noch in den parlamentarischen Gremien beraten und trete voraussichtlich am 01.01.2009 in Kraft. Er schlage daher vor, dass Thema Tagespflege in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15. Dezember 2008 zu behandeln.

---

**Punkt 7.1: Ergebnisse des Runden Tisches zu Situation von Familien mit behinderten Kindern**  
**Vorlage: 0229/2008**

---

Frau Pohl informiert über die Ergebnisse des runden Tisches zur Situation von Familien mit behinderten Kindern. In dem im Mai durchgeführten Workshop seien in insgesamt 7 Arbeitsgruppen verschiedene Handlungsfelder zu der Thematik bearbeitet worden. Anschließend habe die Kernarbeitsgruppe die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen zusammengetragen und um weitere Vorschläge zur künftigen Umsetzung ergänzt. In diesem Zusammenhang verweist Frau Pohl auf die der Vorlage beigefügte Übersicht, die den Ausschussmitgliedern ebenfalls am 05.09.2008 zu den Sitzungsunterlagen nachgesandt worden sei.

Bei der Auswertung der Diskussionsbeiträge hätten sich zwei Hauptanliegen der Eltern herauskristallisiert. Zum einen sei dies ein möglicher zentraler Ansprechpartner, an den sich die Eltern bei möglichen Problemen wenden könnten. Zum anderen sei häufig auch der Wunsch „selbstverständlich dazu zu gehören“ genannt worden.

Abschließend weist Frau Pohl darauf hin, dass nunmehr geprüft werde, welche Vorschläge kurzfristig umgesetzt werden könnten. Hierbei sei tlw. auch eine Abstimmung mit den Fachbereichen Schule, Kultur, Bildung und Sport sowie dem Fachbereich Gesundheit erforderlich.

Herr Tönnes bedankt sich bei Frau Pohl für die geleistete Arbeit und wünscht der Projektgruppe bei ihrer künftigen Arbeit viel Erfolg.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des Runden Tisches zur Situation von Familien mit behinderten Kindern zur Kenntnis.

**Punkt 8: Anfragen**

---

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

---

Heinz-Josef Tönnies

---

Markus Büsken